

TAGUNGEN

4. Bundesjugendkonferenz des DGB

Blickt man auf die zwei Tage (8. und 9. Mai) der 4. Bundesjugendkonferenz in Kassel zurück, so kann man es kaum begreifen, wieviel in dieser knappen Zeit „über die Bühne gegangen“ ist. Zunächst am ersten Vormittag die Reihe der Begrüßungsansprachen, die in der Mehrzahl durch ihre unkonventionelle Frische angenehm auffielen — ein Eindruck, der durch die lebendige Unmittelbarkeit verstärkt wurde, mit der *Werner Hansen* den einzelnen Rednern spontan antwortete. Genannt seien: der Kasseler Bürgermeister Kollege *Braner*, der betonte, daß Kassel seinem Wiederaufbau einen neuen sozialen und kulturellen Inhalt gebe und daß die Jugendförderung der beste Jugendschutz sei; für den Bundesminister für Familien- und Jugendfragen Frau Staatssekretärin Dr. *Gabriele Wülker*, die mit sympathischer Offenheit zugab, daß man über manche Fragen verschiedener Meinung sei; für den hessischen Ministerpräsidenten Regierungsvizepräsident *Schneider*, der mit Stolz von Hessens Aufbauarbeit sprach; für die Parteien sehr lebendig als Gewerkschaftsreferent der CDU-Kollege *Hans Zankl*, für die FDP Herr *Dürr*, Bundesgeschäftsführer der Jungdemokraten, der sich betont für die Einheitsgewerkschaft und für deren Mitwirkung an den vielen ungelösten Problemen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung aussprach, und *Waldemar von Knoeringen*, der die Grüße der SPD überbrachte. Im Namen der ausländischen Gäste der junge Schweizer *Bruno Muralt*, dessen Bekenntnis zur Freiheit Berlins lebhaften Beifall fand. Schließlich im Namen des Bundesvorstandes Kollege *Willi Richter*, der in grundsätzlichen Ausführungen ein Bekenntnis zur Jugendarbeit ablegte — eine Erklärung, die auch durch die Tatsache unterstrichen wurde, daß nicht weniger als fünf der neun Mitglieder des Bundesvorstandes (*Richter*, *Stühler*, *Maria Weber*, *Beermann*, *Hansen*) ebenso wie *Otto Brenner* und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten den Verhandlungen der Bundesjugendkonferenz aufmerksam folgten. Mit besonderem Beifall wurde auch begrüßt, daß zum erstenmal ein Vertreter des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Bundesjugendkonferenz erschienen war.

Sodann der Arbeitsbericht des Bundesjugendsekretärs *Edmund Duda* — viel mehr als ein Arbeitsbericht, denn hier wurden die Probleme selbst angepackt, wurde offen Stellung bezogen. Eine klare Konzeption liegt zugrunde: „Gewerkschaftsjugend ist Interessenvertretung aller jugendlichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den Betrieben und Büros. Sie ist Jugendpflegeverband, indem sie dem jun-

gen Menschen bei seiner körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung hilft. Sie ist aber auch eine politische Jugend, die, unabhängig von jeder Parteipolitik, aufgeschlossen und wachsam im öffentlichen Leben steht. Aus dieser Dreiteilung unserer gesamten gewerkschaftlichen Jugendarbeit ergibt sich in Zukunft für uns wiederum eine Fülle von Aufgaben.“ Im einzelnen: Kritik gegenüber der sogenannten betrieblichen Sozialpolitik, gegenüber der Haltung der Verantwortlichen des Handwerks („Wir werden unsere Lehrlingsaktionen so lange wiederholen, bis auch im Handwerk der heutigen Zeit entsprechende Arbeits- und Lohnbedingungen erreicht worden sind“), gegenüber der empörenden Verschleppung der Verabschiedung eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes. Mit Nachdruck wurde die Umgestaltung unseres Schulwesens gefordert: „Wollen wir erreichen, daß der Mensch in Zukunft nicht ein Opfer der Technik und Entwicklung wird, dann müssen wir ihn mit Einsichten und Fähigkeiten ausstatten, die weit über dem liegen, was bis heute normalerweise notwendig gewesen ist.“ Mit erfrischender Deutlichkeit nimmt *Duda* zu brennenden politischen Fragen Stellung: „Im Interesse unserer gesamten Gewerkschaftsbewegung sowie unseres Volkes müssen wir alles tun, um ein Aufleben des Militarismus und eine Entwicklung der Wehrmacht als Staat im Staate zu verhindern... Wir halten es nicht für erforderlich, uns oder andere Teile der Bevölkerung von Vertretern der Wehrmacht politisch schulen zu lassen ... In unserem Staate muß Politik von Politikern und nicht von Soldaten gemacht werden.“ Beifall unterstreicht diese Sätze, ebenso wie den folgenden: „Unsere besondere Sympathie, das wollen wir nicht verhehlen, gilt den Wehrdienstverweigerern.“ Und dann zu den Lebensfragen des deutschen Volkes: „Die »Politik der Stärke« ... hat uns wohl viele Milliarden gekostet und gefährdet die Sozialleistungen, sie hat uns aber keinen Schritt nach vorn gebracht, im Gegenteil ...“ Scharf geißelt *Duda*, wie schon *Hansen* in seiner Eröffnungsansprache, die Doppeltzüngigkeit und die Verlogenheit der FDJ-Führung: „Leichtgläubigkeit, Vertrauensseligkeit und mangelnde Wachsamkeit wären gefährlich“ — aber: „Wir sollten alle vorhandenen Gelegenheiten, die zur Wiedervereinigung führen können, ausnutzen.“ In dieser Frage, wie in anderen, möchte die Gewerkschaftsjugend ein Motor innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sein.

Diese Gedanken werden später in der recht gründlichen Diskussion des Arbeitsberichts und in der Debatte über die Frage der Wiedervereinigung von vielen Rednern unterstrichen: In tiefer Sorge um die nicht wiedergutzumachenden Folgen der gegenseitigen Isolierung, des vollständigen Sichauseinanderlebens der beiden Teile des deutschen Volkes drängen die aktiven

jungen Funktionäre (ohne sich Illusionen zu machen) auf erneute Überprüfung unserer Taktik und Strategie, auf Konkretisierung unseres Standpunktes, auf kluge Nutzung auch der kleinsten Möglichkeiten menschlicher Begegnungen und Gespräche, denn: „Überzeugen kann man nicht, indem man schweigt“, wie ein Diskussionsredner sagte. In diesem Sinne wurde der wohlabgewogene, auch von Werner Hansen nachdrücklich vertretene Initiativantrag des Bundesjugendausschusses zur Frage der Wiedervereinigung gegen vereinzelte Stimmen angenommen. Unsere Leser finden den Wortlaut dieser und einer weiteren politischen EntschlieÙung in der Rubrik „Das Dokument“; zweifellos wird dieser VorstoÙ des Parlaments der 780 000 jugendlichen Mitglieder des DGB seine Auswirkungen in der Gesamtbewegung haben. Grotesk, um kein schärferes Wort zu gebrauchen, sind die Verdrehungskünste, die sich vielerorts an diesen Beschlüssen austoben; als Beispiel sei ein Satz im „Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts“ Nr. 37 (12. 5. 1959) niedriger gehängt: „Die EntschlieÙung der 4. Bundesjugendkonferenz des DGB in Kassel wurde gegen den Willen der Verantwortlichen des DGB-Bundesvorstandes gefaÙt, deren persönlicher Einsatz nicht verhindern konnte, daß die Mehrheit von einer Minderheit mit eindeutig politischen Absichten beeinflusst wurde.“ Wer selbst in Kassel Zeuge der lebendigen, ehrlichen und offenen Aussprachen und des ernstesten Verantwortungsbewußtseins dieser jungen Menschen war, die sich glücklicherweise um ein eigenes Urteil bemühen, der kann über solche Demagogie nur den Kopf schütteln.

Von der Lebendigkeit der Bewegung zeugt auch die Fülle der von vielen Seiten eingegangenen, durchweg wohlbegründeten Anträge: Einstimmig werden erneut die Forderungen zu Jugendarbeitsschutz und Jugendsozialpolitik erhoben, einstimmig wird der Entwurf des DGB zu einem Berufsausbildungsgesetz begrüÙt, einstimmig werden die Bestrebungen des

Handwerks und der Industrie auf Lehrzeitverlängerung ebenso wie die Einführung eines Pflichtjahrs für Mädchen abgelehnt, einstimmig wird der Bundesvorstand gebeten, „durch geeignete Publikationsmittel mehr als bisher auf die großen Gefahren der atomaren Waffen hinzuweisen“, mit Mehrheit wird ein Antrag angenommen, „geeignete Maßnahmen einzuleiten, um mit anderen in dieser Frage gleichgesinnten Jugendverbänden an einem zentralen Ort in der Bundesrepublik ein Treffen der jugendlichen Gegner der atomaren Aufrüstung durchzuführen“, einstimmig werden Botschaften an die Außenministerkonferenz in Genf und an die Bevölkerung Berlins beschlossen, einstimmig wird die unmittelbare Einführung des obligatorischen 9. Schuljahres gefordert, einstimmig gegen Rassen- und Völkerhetze protestiert, gegen wenige Stimmen die Betreuung der zum Wehrdienst einberufenen jungen Gewerkschaftsmitglieder gutgeheiÙen u. a. m. Nicht unerwähnt bleibe eine spontane Sammlung für den Solidaritätsfonds des IBFG, die weit über tausend Mark erbringt. Gerührt sei auch das sorgfältig vorbereitete, wertvolle Material, das die Hauptabteilung Jugend den Delegierten, den Gästen und den zahlreichen Vertretern von Presse und Rundfunk zur Verfügung stellte.

Noch bleiben zwei Höhepunkte der Tagung zu erwähnen: der klar aufgebaute, weit ausholende, durch viele anschauliche Beispiele belebte, ungemein anregende, immer wieder von spontanem Beifall unterbrochene Vortrag von *Waldemar von Knoeringen* über „Jugend zwischen Tradition und Fortschritt“ — und das vorbildlich konzentrierte, überzeugende Referat, mit dem *Werner Hansen* die Vorlage eines Jugendsozialprogramms des DGB begründete, dessen Text wir an der Spitze dieses Heftes veröffentlichen. Wie der ganze Verlauf der Bundesjugendkonferenz zeugt dieses bedeutungsvolle Programm für den zugleich kritischen und konstruktiven Geist, der die jugendliche Mitgliedschaft des DGB in so erfreulicher Weise beseelt und anspornt.

Walter Fabian